



Bundesvereinigung Opfer der NS - Militärjustiz e.V.

Gemeinnützig anerkannter Verein

28757 Bremen Aumunder Flur 3A Telefon und Fax 04 21/66 57 24

Stellungnahme zur Einführung eines Europäischen Gedenktages für die „Opfer aller totalitärer und autoritärer Regime“ am 23. August

Schon Jahre vor dem 2. Weltkrieg forderte Hitler Lebensraum für das Deutsche Volk im Osten. Und schon 1 Jahr vor dem so genannten Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 zwangen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier die Tschechoslowakei mit dem so genannten Münchener Abkommen, das Sudetenland an Deutschland abzutreten. Im März 1939 besetzte die Wehrmacht die restliche Tschechoslowakei. Da auch Polen bedroht war und sich Gleiches nicht wiederholen sollte, schlossen Frankreich und Großbritannien mit Polen einen Beistandspakt. Dennoch wurde Polen am 1. September 1939 von der Wehrmacht überfallen und die Rote Armee folgte dem am 17. September 1939.

Daraufhin erklärten Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg, nicht aber der Sowjetunion, die später sogar ihr Verbündeter wurde. Zudem erklärten sie 1942 das Münchener Diktat gegen die Tschechoslowakei für nichtig.

Wir wünschen den Opfern des Stalinismus einen würdigen Gedenktag, meinen allerdings, dass ein Europäischer Gedenktag zum 23. August Europa eher spalten wird. Denn Russland, in dem die Menschen besonders schwer unter Stalin verfolgt wurden, wird den Gedenktag wohl nicht mittragen. Für Deutschland verbietet sich der Gedenktag von selbst. Denn am 15. Mai 1997 fassten alle Bundestagsfraktionen folgenden Beschluss: „Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“. Diesem deutschen Vernichtungskrieg sind 27 Millionen Sowjetbürger – meist Zivilisten – zum Opfer gefallen. Der größte Völkermord in der Geschichte der Menschheit in nicht einmal 4 Jahren.

Leider blieben viele europäische Demokratien auch nach dem 2. Weltkrieg Kolonialmächte und begingen weiterhin Menschheitsverbrechen. So verantwortete Frankreich die Tötung von mehr als 2 Millionen Algeriern und die USA jene von 3 Millionen Vietnamesen, von denen über 100.000 durch die amerikanischen Streitkräfte mit Napalm grausam ermordet wurden. Und heute beschuldigt uns der langjährige UN-Beauftragte für das Recht auf Nahrung, Prof. Jean Ziegler, des millionenfachen Mordes an den Armen, weil wir der übrigen Menschheit zu unserem Überfluss eine Weltwirtschaft aufzwingen, bei der jeden Tag bis zu 100.000 Menschen elendig verhungern. Und auch diese Menschheitsverbrechen werden militärisch verteidigt. Doch die Verantwortlichen werden nicht belangt, weil unsere Länder den UN-Sicherheitsrat und den Internationalen Strafgerichtshof dominieren.

Es widerspricht jedem Demokratieverständnis, dass das im Weltmaßstab kleine Westeuropa im UN-Sicherheitsrat durch zwei Länder mit Vetorechten vertreten ist und ganze Erdteile wie Afrika und Südamerika und Länder wie Indien mit 1,2 Milliarden Einwohnern diese Rechte vorenthalten werden – gegen den demokratischen Willen der Völker der Welt in der UN-Vollversammlung.

Ludwig Baumann
Vorsitzender

Bremen, Anfang Mai 2012 anlässlich des Tages der Befreiung am 8. Mai 2012

Vorsitzender:
Ludwig Baumann

Schriftführer: Günter Knebel
Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Vorsitzender, Freiburg / Dr. Peter Fischer, Berlin /
Dr. Detlef Garbe, Hamburg / Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach,
Baden-Baden, Berlin / Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg